

EZB-Zinserhöhung in 2019 gilt nicht mehr als ausgemacht – Renault-Chef soll vorläufig ersetzt werden

Autor: GodmodeTrader-Team, Redaktion | 20.11.2018 22:15 | Copyright BörseGo AG 2000-2019

Immer bestens informiert: Mit dem News-Flash auf Godmode-Trader.de haben Sie die wichtigsten Ereignisse des Tages auf einen Blick!

- **US-Einzelhändler** unter Druck
- **Spanien** droht mit Nein zum Brexit-Abkommen
- **Destatis**: Erzeugerpreise steigen kräftig an
- **Tschechien** erhöht Mindestlohn deutlich
- **Geldwäscheskandal**: **Deutsche Bank** im Visier der Ermittler
- **Tesla** will mit **Daimler** anbandeln
- **Covestro** mit Gewinnwarnung
- **Wirecard** wird an der Börse abgestraft
- **BASF** setzt sich neue Wachstumsziele

DAX

- Ein Potpourri an schlechten Nachrichten setzt dem deutschen Aktienmarkt zu. Italien, Brexit, Konjunktursorgen, dazu enttäuschende Unternehmensnachrichten. Die Finanzmärkte Italiens sind am Dienstag erneut in Turbulenzen geraten. Die Fronten zwischen Rom und der EU aufgrund der geplanten Verschuldung der italienischen Regierung bleiben verhärtet. Vize-Premierminister und Chef der Fünf-Sterne-Bewegung, Luigi Di Maio, hat die Ablehnung des Haushalts 2019 durch die EU-Kommission für den Anstieg der Renditen verantwortlich gemacht. Die EU habe sich wie eine Wand gegen Italien gestellt. Die EU-Kommission will am Mittwoch über die Einleitung eines Defizitverfahrens gegen Italien entscheiden. Angesichts der Eskalation flüchten die Anleger vor allem bei den hoch in Italien engagierten Bankaktien. Der Leitindex **DAX** beendete den Handel mit einem Minus von 1,58 Prozent bei 11.066,41 Punkten.
- **Der S&P 500** begann den Tag mit einem heftigen Verlusten und verblieb dann den größten Teil der Session auf tiefem Niveau, bevor er dann mit einem Minus von 1,82 Prozent aus dem Handel schied. Der **Nasdaq 100** konnte sich heute relativ besser schlagen als der breite Markt und verlor 1,75 Prozent, der **Dow Jones** brach um 2,21 Prozent ein, wobei **Apple** mit minus 4,78 Prozent zu den schwächsten Bluechip-Komponenten gehörte. Erdöl der Sorte **WTI** rutschte um 7,22 Prozent weg, **Brent** verlor mit minus 6,92 Prozent fast ebenso viel.

Chartanalysen des Tages

- [EUR/USD-Tagesausblick: Störfeuer aus London?](#)
- [DAX Tagesausblick: DAX Start unter 11200, die "Hütte brennt"!](#)
- [BRENT ÖL-Tagesausblick – Abwärtstrend bleibt intakt](#)
- [PLATIN-Tagesausblick – Neue Rallychance](#)

Unternehmensnachrichten

- Nach der Verhaftung von **Renault-Nissan-Chef Carlos Ghosn** in Japan wird der Verwaltungsrat von Renault am Dienstagabend zusammenkommen. Der französische Wirtschafts- und Finanzminister Bruno Le Maire hatte den Verwaltungsrat aufgefordert, eine kommissarische Führung für Renault einzusetzen. Ghosn sei derzeit nicht in der Lage, das Unternehmen zu führen. Der französische Staat hält 15 Prozent der Anteile bei Renault. Nissan hat "Reuters" zufolge auch Beweise für absichtliches Fehlverhalten bei

Renault-Nissan BV, dem niederländischen Venture, welches die Allianz kontrolliert. Die Aussage könnte dahingehend interpretiert werden, dass Nissan versucht, die Macht von Renault über die Allianz zu beschneiden.

- Der nach Walmart zweitgrößte Discounter in den USA, die **Target Corp.**, hat mit den Umsatzzahlen und Margen für das 3. Quartal die Erwartungen enttäuscht.
- Der Handelskonzern **TJX Companies** hat im dritten Quartal den Umsatz um 12 Prozent auf 9,8 Mrd. Dollar gesteigert. Der Nettogewinn betrug 762 Mio. Dollar und der verwässerte Gewinn je Aktie lag bei 0,61 Dollar, nach 0,50 Dollar im Vorjahr. Das bereinigte verwässerte Ergebnis je Aktie belief sich auf 0,54 Dollar.
- Der Einzelhändler **Kohl's Corp.** hat für das dritte Quartal überraschend starke Ergebnisse ausgewiesen und den Ausblick für das Gesamtjahr erhöht. Der Jahresüberschuss stieg von 117 Mio. Dollar bzw. 70 Cent je Aktie vor Jahresfrist auf 161 Mio. US-Dollar bzw. 98 Cent je Aktie.
- Beim Händler von Unterhaltungselektronik **Best Buy** liefen die Geschäfte zuletzt gut. Das Unternehmen erhöhte daraufhin die Jahresprognose für den bereinigten Gewinn je Aktie und liegt damit nun über der Konsensprognose von Analysten.
- **Apple-CEO Tim Cook** erwartet, dass es in den USA zu einer strengeren Regulierung der Technologiebranche kommen wird. In einem Interview mit Axios sagte er: „Ich denke, es ist unvermeidlich, dass es ein gewisses Maß an Regulierung geben wird.“ Er ließ offen, mit welchen neuen Regeln er rechnet.
- **Tesla** hat seinen Online-Konfigurator umgestellt und dadurch an der Preisschraube gedreht. So wurden die Basismodell-Preise (75D) der Tesla-Flaggschiffe erhöht. Die 75D-Versionen kosten in Europa ab sofort 1.500 Euro mehr. Keine Änderung gab es jedoch für die 100D-Versionen der beiden Luxus-Autos Model S und Model X.
- **Google** will in Dänemark sein fünftes Rechenzentrum in Europa errichten. Der Stromverbrauch der Anlage nahe Fredericia im Westen des Landes soll komplett mit erneuerbarer Energie ausgeglichen werden, kündigte der Internet-Konzern an. Google wird 600 Mio. Euro investieren.
- Der Spezialchemiekonzern **Covestro** senkt kurz vor dem Jahresabschluss die Prognosen. Wegen starken Wettbewerbs, steigender Kosten und neuen Rückstellungen dürfte das operative Ergebnis (Ebitda) 2018 nun leicht unter dem Vorjahreswert von 3,44 Mrd. Euro liegen. Zuvor war ein Anstieg eingeplant.
- Der Zahlungsabwickler **Wirecard** bleibt für das kommende Jahr überaus optimistisch. Der Gewinn vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen (Ebitda) werde 2019 in einer Bandbreite von 740 bis 800 Mio. Euro erwartet, teilte der DAX-Konzern am Dienstag mit. Die Anleger sind mit den neuen Aussichten unzufrieden. Sie haben offensichtlich ein stärkeres Wachstum erwartet. Die Aktie rutschte am Dienstag um zeitweise 6 Prozent ab und fiel zwischendurch kurz auf den niedrigsten Stand seit Ende Mai.
- Der VW-Hauptaktionär **Porsche SE** hat seinen Gewinn in den ersten neun Monaten deutlich gesteigert. Nach Steuern kletterte das Konzernergebnis von 2,14 Mrd. im Vorjahreszeitraum auf 2,67 Mrd. Euro. Quartalszahlen veröffentlicht das Unternehmen nicht. Vor allem im dritten Quartal dürfte das Bußgeld bei Audi das Gewinnplus aber geschmälert haben.
- Im abgelaufenen Geschäftsjahr hat **Easyjet** den um Sonderposten bereinigtem Gewinn vor Steuern im Vergleich zum Vorjahr um 41,4 Prozent auf 578 Mio. Pfund gesteigert, wie das Unternehmen mitteilte.
- Der Industriekonzern **Siemens** hat den angekündigten Großauftrag in Großbritannien festgezurrert. So liefert das Unternehmen 94 U-Bahn-Züge an die Londoner U-Bahn. Das Auftragsvolumen liegt bei umgerechnet rund 1,5 Mrd. Euro, die Auslieferung soll 2023 beginnen.
- Der Chemiekonzern **BASF** hat sich neue Wachstumsziele gesetzt. „Mit unserer neuen Strategie setzen wir die Segel auf Wachstumskurs“, sagte Vorstandschef Martin Brudermüller bei der Präsentation der neuen BASF-Strategie. Dazu beitragen sollen neben dem Ausbau des China-Geschäfts auch effizientere Anlagen und geringere Kosten. Das um Sondereffekte bereinigte Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen (Ebitda) soll jährlich um drei bis fünf Prozent steigen. Brudermüller verwies auf die positive Entwicklung der vergangenen Jahre: „Seit 2012 wuchs unser Ergebnis der Betriebstätigkeit vor Abschreibungen und Sondereinflüssen mit durchschnittlich 8 Prozent – und damit deutlich über den Fixkosten von jährlich 3 Prozent.“
- **Tesla-CEO Elon Musk** buhlt um eine Zusammenarbeit mit Daimler. Per Twitter regte er eine Kooperation für einen Elektro-Transporter ähnlich dem Mercedes Sprinter an. „Vielleicht ist es interessant mit Daimler/Mercedes an einem elektrischen Sprinter zu arbeiten. Das ist ein großartiger Transporter. Wir werden nachfragen.“
- Der Geldwäscheskandal der **Danske Bank** zieht weitere Kreise: Nun ist auch die **Deutsche Bank** ins Visier

der Ermittler geraten, wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung berichtet. Ein früherer Mitarbeiter der dänischen Bank habe am Montag im Parlament in Kopenhagen vor einem Untersuchungsausschuss nicht nur behauptet, die Danske Bank habe ihm Schweigegeld angeboten, sondern er warf auch neue Fragen zur Rolle der Deutschen Bank in dem Skandal auf. Dem Whistleblower Howard Wilkinson zufolge sollen rund 150 Mrd. Dollar an verdächtigen Mitteln durch die US-Niederlassung einer europäischen Großbank gelaufen sein, welche bis zum Jahr 2015 als Korrespondenzbank für das dänische Institut gearbeitet habe. Wilkinson nannte dabei die Deutsche Bank zwar nicht beim Namen, aber Medienberichten zufolge, soll die Bank, sowie JP Morgan und die Bank of America deshalb bereits im Visier der Ermittler sein.

- **SAP** übernimmt das Start-up Contextor, das auf Prozessautomatisierung spezialisiert ist. Kunden könnten so schneller „einen hohen Automatisierungsgrad“ erreichen, erklärte Markus Noga, der bei SAP den Bereich maschinelles Lernen leitet, dem Handelsblatt. Contextor, im Jahr 2000 gegründet und ansässig in Paris, sei „einer der europäischen Marktführer“ für Softwareroboter. Den Kaufpreis legte SAP nicht offen.

Konjunktur & Politik

- Der Markt rechnet nicht mehr zu 100 Prozent mit einer **Zinserhöhung der Europäischen Notenbank (EZB)** im kommenden Jahr. Das ging laut Reuters am Dienstag aus Terminkontrakten am Geldmarkt hervor. Noch am Montag galt es als sicher, dass die EZB im Dezember 2019 einen ihrer Schlüsselsätze um 0,1 Prozentpunkte anheben wird. Zuvor wurde dies sogar für September 2019 erwartet. Doch inzwischen hätten die Unsicherheiten wegen des Haushaltsstreits der italienischen Regierung mit der EU-Kommission zugenommen. Außerdem erhöhten sich die Schwankungen an den Aktienmärkten.
- Nach Mitteilung des **Handelsministeriums in Washington** ist die Zahl der Baubeginne in den USA im Oktober gegenüber dem Vormonat um 1,5 Prozent auf annualisiert 1,228 Mio. gestiegen. Ökonomen hatten mit einem Plus um 2,4 Prozent gerechnet. Auf Jahressicht lagen die Baubeginne um 2,9 Prozent niedriger. Die Zahl der erteilten Baugenehmigungen ist gegenüber dem Vormonat um 0,6 Prozent auf annualisiert 1,263 Mio. gesunken.
- **Spanien** vollzieht in der Brexit-Thematik eine Kehrtwende will die Zustimmung zum Abkommen mit Großbritannien verweigern, falls es in dem Entwurf keine Erörterung der Gibraltar-Frage gibt. Spanien werde mit „Nein“ votieren, wenn der Artikel 184 des Deals nicht überarbeitet und das Abkommen am Sonntag in seiner jetzigen Form zur Abstimmung unterbreitet werde, sagte Ministerpräsident Pedro Sánchez. Das Gebiet am Südpfeil Spaniens steht seit 1713 unter britischer Souveränität. „Gibraltar gehört nicht zum Vereinigten Königreich, es wird von ihm repräsentiert, aber es gehört ihm nicht“, betonte Sánchez.
- Der **Deutsche Bundestag** hat am Dienstag mit der abschließenden Beratung des von **Finanzminister Olaf Scholz (SPD)** aufgestellten Haushalts 2019 begonnen. Der Bundeshaushalt sieht Ausgaben von 356,4 Mrd. Euro vor und damit knapp 13 Milliarden mehr als in diesem Jahr. Finanzminister Scholz hat die Kritik der Opposition am Haushaltsentwurf zurückgewiesen. Deutschland komme ohne neue Schulden aus und erfülle die Maastricht-Kriterien vollständig, sagte der SPD-Politiker im Bundestag.
- **Tschechien** erhöht den Mindestlohn deutlich. Er soll mit Wirkung zum 1. Januar 2019 um rund 9,4 Prozent auf 13.350 Kronen steigen (umgerechnet gut 513 Euro). Dies hat das Minderheitskabinett aus der ANO und der sozialdemokratischen CSSD am Dienstag beschlossen. Profitieren werden rund 150.000 Beschäftigte.
- Das **ifo Institut** erwartet einen weiteren Anstieg des **US-Defizits bei der Leistungsbilanz** – trotz der Zölle von Präsident Donald Trump. So wird das Defizit im Jahre 2018 voraussichtlich 464 Mrd. US-Dollar betragen, das sind 2,5 Prozent der Jahreswirtschaftsleistung, wie das ifo Institut anlässlich der Jahreskonferenz des Forschungsnetzes EconPol Europe aus Halbjahreszahlen hochgerechnet hat. Im vergangenen Jahr waren es 449 Mrd. US-Dollar oder 2,3 Prozent Defizit. Gegen die EU weist die US-Leistungsbilanz dagegen im ersten Halbjahr einen kleinen Überschuss von 7 Mrd. Dollar aus, wie auch schon in den Vorjahren. Laut den Ökonomen ist auffällig, dass die USA hohe Erträge aus Investitionen in der EU beziehen, insbesondere aus den Niederlanden und aus Irland.
- Die **Erzeugerpreise gewerblicher Produkte in Deutschland** lagen im Oktober um 3,3 Prozent höher als im Vergleichsmonat des Vorjahres, wie das Statistische Bundesamt mitteilte. Einen stärkeren Anstieg im Vorjahresvergleich hatte es zuletzt mit plus 3,5 Prozent im Dezember 2011 gegeben. Im September 2018

hatte die Jahresveränderungsrate bei plus 3,2 Prozent gelegen. Gegenüber dem Vormonat stiegen die Herstellerpreise im Oktober um 0,3 Prozent und damit weniger stark als im September (+0,5 %).

- Von Januar bis September 2018 wurde in Deutschland der Bau von insgesamt 262.800 Wohnungen genehmigt, wie das **Statistische Bundesamt** mitteilte. Das waren 2,3 Prozent bzw. 6.000 Baugenehmigungen mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die Genehmigungen galten sowohl für neue Gebäude als auch für Baumaßnahmen an bereits bestehenden Gebäuden.
- Die **nordirische Partei DUP** hat der von ihr gestützten Regierung von Premierministerin Theresa May bei mehreren Abstimmungen über ein Finanzgesetz die Unterstützung verweigert, wie Reuters berichtet. Angesichts der Spannungen der Partei mit der Regierung wegen des Brexit-Abkommens bewerten Beobachter dieses Verhalten als Warnschuss.
- Zu Wochenbeginn ist die **Krypto-Leitwährung Bitcoin** zeitweise unter die 5.000 Dollar-Marke gefallen. Am Montagnachmittag fiel ein Bitcoin auf der Handelsplattform Bitstamp bis auf 4.959 Dollar. Das war der tiefste Stand seit mehr als einem Jahr. Als Gründe für die Talfahrt werden am Markt die Aufspaltung ("Hard Fork") beim "kleinen Bruder" Bitcoin Cash genannt.

Termine des Tages:

14:30 Uhr – US: Baubeginne/Baugenehmigungen
Oktober

16:00 Uhr – DE: Bundesbank-Präsident Weidmann hält
eine Rede in Frankfurt

Weitere Informationen zu den im Newsflash genannten Themen und noch mehr aktuelle Nachrichten finden Sie in Echtzeit auf [Guidants News](#). In Spitzenzeiten veröffentlicht Guidants News mehr als 100 Nachrichten pro Stunde. Damit Sie trotzdem den Überblick behalten, stehen Ihnen zahlreiche Filtermöglichkeiten zur Verfügung.

Risikohinweis & Haftungsausschluss gemäß § 16 und § 18 AGB BörseGo AG

§ 16 Haftung

16.1 Soweit Nutzer Inhalte in Diskussionsforen, sogenannten Streams, Chats oder Blogs einstellen und dort Ratschläge oder Anlagetipps erteilen, handelt es sich ausschließlich um von den betreffenden Nutzern verantwortete Inhalte. BörseGo stellt insofern lediglich das Medium technisch zur Verfügung und ist nicht für die Genauigkeit, Richtigkeit oder Verlässlichkeit dieser Inhalte verantwortlich. Insbesondere ist BörseGo nicht für Verluste oder Schäden haftbar, die dem Nutzer dadurch entstehen, dass dieser auf eine solche Information vertraut.

16.2 Resultieren Schäden des Nutzers aus dem Verlust von Daten, so haftet BörseGo hierfür unabhängig vom einer etwaigen Beteiligung nicht, soweit die Schäden durch eine zweckgemäße, regelmäßige und vollständige Sicherung aller relevanten Daten durch den Nutzer vermieden worden wären.

16.3 Im Übrigen haften BörseGo, ihre gesetzlichen Vertreter und Erfüllungsgehilfen nur bei Verletzung des Lebens, des Körpers, der Gesundheit oder bei Verletzung wesentlicher Vertragspflichten (Kardinalpflichten), das heißt solcher Pflichten, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrages überhaupt erst ermöglicht und auf deren Einhaltung der Nutzer regelmäßig vertrauen darf, und deren Verletzung auf der anderen Seite die Erreichung des Vertragszwecks gefährdet. BörseGo haftet weiterhin für Schäden, die aus dem Fehlen zugesicherter Eigenschaften beruhen, sowie für sonstige Schäden, die auf einer vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Pflichtverletzung von BörseGo, seiner gesetzlichen Vertreter oder Erfüllungsgehilfen beruhen.

16.4 Bei der Verletzung wesentlicher Vertragspflichten (vgl. Ziff. 16.3) haftet BörseGo nur auf den vertragstypischen, vorhersehbaren Schaden, wenn dieser einfach fahrlässig verursacht wurde, es sei denn, es handelt sich um Schadensersatzansprüche des Kunden aus einer Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit.

16.5 Weitergehende Ansprüche des Nutzers auf Schadensersatz sind ausgeschlossen. Die Vorschriften des Produkthaftungsgesetzes bleiben unberührt.

§ 18 Risikohinweis

Die Informationen und Services auf den Webseiten von BörseGo wenden sich an registrierte sowie nichtregistrierte Nutzer. Die Angebote, die der Nutzer auf den Webseiten von BörseGo findet, richten sich jedoch ausdrücklich nicht an Personen in Ländern, die das Vorhalten bzw. den Aufruf der darin eingestellten Inhalte untersagen, insbesondere nicht an US-Personen im Sinne der Regulation S des US Securities Act von 1933 sowie Internet-Nutzer in Großbritannien, Nordirland, Kanada und Japan. Jeder Nutzer ist selbst verantwortlich, sich über etwaige Beschränkungen vor Aufruf der Internetseiten zu informieren und diese einzuhalten.

Insbesondere weist BörseGo hierbei auf die bei Geschäften mit Optionsscheinen, Derivaten und derivativen Finanzinstrumenten besonders hohen Risiken hin. Der Handel mit Optionsscheinen bzw. Derivaten ist ein Finanztermingeschäft. Den erheblichen Chancen stehen entsprechende Risiken gegenüber, die nicht nur einen Totalverlust des eingesetzten Kapitals, sondern darüber hinausgehende Verluste nach sich ziehen können. Aus diesem Grund setzt diese Art von Geschäften vertiefte Kenntnisse im Bezug auf diese Finanzprodukte, die Wertpapiermärkte, Wertpapierhandelstechniken und -strategien voraus.

Soweit BörseGo Börsen- oder Wirtschaftsinformationen, Kurse, Indizes, Preise, Nachrichten, Marktdaten sowie sonstige allgemeine Marktinformationen auf ihren Webseiten bereitstellt, dienen diese nur zur Information und zur Unterstützung Ihrer selbstständigen Anlageentscheidung. Auch wenn BörseGo alle eingebundenen Informationen sorgsam überprüft, erhebt BörseGo keinen Anspruch auf inhaltliche Richtigkeit, Vollständigkeit oder Aktualität. Es obliegt dem Nutzer selbst, die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität dieser Daten zu überprüfen. Dies betrifft insbesondere, aber nicht ausschließlich, Kursdaten von Drittquellen. Die genannten Informationen stellen keine Aufforderung zum Kaufen, Halten oder Verkaufen von Wertpapieren und derivativen Finanzprodukten dar und begründen kein individuelles Beratungs- oder Auskunftsverhältnis. Sie sind keine Rechts-, Steuer- oder sonstige Beratung und können eine solche auch nicht ersetzen.

Bevor der Nutzer Investmententscheidungen trifft, sollte er sich sorgfältig über die Chancen und Risiken des Investments informiert haben. Aus einer positiven Wertentwicklung eines Finanzprodukts in der Vergangenheit kann keinesfalls auf zukünftige Erträge geschlossen werden. BörseGo übernimmt keine Haftung für die erteilten Informationen, die aus von BörseGo als vertrauenswürdig erachtet wurden, für bereitgestellte Handelsanregungen sowie für deren Vollständigkeit.

Leser sowie Teilnehmer an multimedialen Veranstaltungen wie Webinare, Online-Seminare, Seminare oder Vortragsveranstaltungen, die aufgrund der veröffentlichten Inhalte Anlageentscheidungen treffen bzw. Transaktionen durchführen, handeln in vollem Umfang auf eigene Gefahr und auf eigenes Risiko.

BörseGo übernimmt keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich. Eine Haftung von BörseGo für die Inhalte derartiger Internetseiten ist ausgeschlossen, soweit dies gesetzlich zulässig ist.

Stand: Oktober 2016

Das Dokument mit Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere des Nachdrucks, der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen sowie das Darstellen auf einer Website liegen, auch nur bei auszugsweiser Verwertung, bei der BörseGo AG. Alle Rechte vorbehalten.

www.boerse-go.ag © BörseGo AG

Aktiengesellschaft mit Sitz in München – Registergericht: Amtsgericht München – Register-Nr: HRB 169607 – Vorstand: Robert Abend, Christian Ehmig, Johannes Pfeuffer, Thomas Waibel – Aufsichtsratsvorsitzender: Theodor Petersen – Umsatzsteueridentifikationsnummer gemäß § 27a UStG: DE207240211

München, 2019